

**Dokumente und Schriften
der Europäischen Akademie Otzenhausen**

Band 86

Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument

**Herausgegeben von
Heiner Timmermann**



Duncker & Humblot · Berlin

HEINER TIMMERMANN (Hrsg.)

Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument

**Dokumente und Schriften
der Europäischen Akademie Otzenhausen**

Herausgegeben von
Heiner Timmermann

Band 86

Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument

Herausgegeben von

Heiner Timmermann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument / hrsg. von
Heiner Timmermann. – Berlin : Duncker und Humblot, 1999
(Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie
Otzenhausen e.V. ; Bd. 86)
ISBN 3-428-09553-7

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten
© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0944-7431
ISBN 3-428-09553-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

In den Jahren nach dem Fall der Mauer und dem formalen Ende der DDR wurden bisher nicht zugängliche Akten von verschiedenen Disziplinen der Wissenschaft bearbeitet, teilweise aufgearbeitet. Zahl und Qualität der Publikationen sind beachtlich. Der Zusammenbruch des Sozialismus hat allerdings langfristige Ursachen, die in ihrem Zusammenwirken keineswegs erforscht sind.

Zentrale Strukturen und Prozesse der Herrschafts- und Gesellschaftsordnung konnten wegen Datenmangels weithin nicht vorher erforscht werden. Wichtige externe Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren, das wirkliche Denken und Fühlen der Bevölkerung, die Motive und Strategien der Herrschenden in Krisenzeiten waren kaum berechenbar. Wenn außerdem nur unzuverlässige Daten über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes zugänglich sind, wenn unabhängige empirische und systemkritische Forschung im Lande selbst unmöglich sind/waren, dann können eigentlich Sozialwissenschaftler auch keine Projektionen oder gar Prognosen stellen.

Eine ebenso kritische wie differenzierende Deutschland- und DDR-Forschung ist unerlässlich, wenn es gelingen sollte, die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur zu bewerkstelligen.

Diesem Sammelband liegt folgende Struktur zugrunde:

In der Einleitung soll ein geraffter Überblick über Entstehung und politisches System der DDR gegeben werden, in dem nahezu Selbstverständlichkeiten in Erinnerung gerufen werden, um auch Nichtfachleuten Grundlagen für das Verständnis der folgenden Beiträge zu liefern.

Im zweiten Teil stellen sieben deutsche wissenschaftliche Einrichtungen ihre Arbeit zur Erforschung der DDR vor. Die Auswahl bedeutet einen kleinen Ausschnitt aus der Fülle der Einrichtungen, Institute, Forschungsprojekte. Eine umfangreiche Zusammenstellung wurde im letzten Jahr von Ulrich Mählert im Vademeckum der DDR-Forschung vorgelegt.

Die Teile III - VII beinhalten Beiträge zu:

- Alltags- und Mentalitätsgeschichte;
- Wirtschaft;
- Geschichte;
- Herrschaftssystem;
- Gesellschaft, Bildung, Kultur.

Im letzten Teil werden Aufgaben zeitgeschichtlicher DDR- und Deutschlandforschung von drei namhaften Vertretern dieser Forschungsrichtung aus unterschiedlichen Blickwinkeln skizziert.

Bei den meisten Artikeln handelt es sich um über- und aufgearbeitete Beiträge, die in einem Kolloquium des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Europäischen Akademie Otzenhausen, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Union-Stiftung Saarbrücken gehalten wurden.

Der Union-Stiftung sei besonders gedankt für die Publikationsmöglichkeit.

Heiner Timmermann

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

<i>Heiner Timmermann</i>	
Entstehung und politisches System im Überblick	15

II. DDR in Geschichte und Politik

<i>Gerhard Barkleit und Michael Richter</i>	
Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden	37

<i>Hans Ehlert</i>	
Das Militärgeschichtliche Forschungsamt	49

<i>Joachim Heise</i>	
Das Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung	65

<i>Ulrich Mähler</i>	
Der Forschungsschwerpunkt DDR-Geschichte am Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim	73

<i>Klaus Schroeder</i>	
Der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin	81

<i>Walter Süß</i>	
Die Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen	101

<i>Martin Sabrow</i>	
Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen. Der Beitrag des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung zu einer reflektierten Historisierung der DDR	109

III. Alltags- und Mentalitätsgeschichte

<i>Manfred Overesch</i>	
Buchenwald und sein vergessenes republikanisches Erbe	127

<i>Helmut Meier</i>	Zu Formen des praktischen Umgangs mit Erbe und Traditionen in der DDR	135
<i>Jürgen Hofmann</i>	Ostdeutsches Wir-Bewußtsein: Altlast oder Transformationseffekt?	153
<i>Heidemarie Stuhler</i>	Neue Möglichkeiten - alte Muster. Anmerkungen zur Statuspassage Jugendlicher in ländlichen Regionen	175
<i>Jacco Pekelder</i>	Niederländische Wahrnehmungen des „anderen Deutschlands“	189
IV. Wirtschaft		
<i>Jörg Roesler</i>	Alles nur systembedingt? Die Wirtschaftshistoriker auf der Suche nach den Ursachen der Wirtschaftsschwäche der DDR	213
<i>Daniela Beutler und Werner König</i>	Das Bild des Ministeriums für Staatssicherheit von den volkseigenen Betrieben	233
<i>Hans-Peter Müller</i>	Historische Betriebsräte in der ostdeutschen Braunkohle- und Kraftwerksindustrie. Ein vergessenes Kapitel in der „Wende“ 1989/90 in der DDR	283
<i>Gerhard Barkleit</i>	Das Dilemma der Mikroelektronik in der DDR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre	307
<i>Klemens Pleyer</i>	Die Restitution von Vermögen und die Angleichung zivilrechtlicher Vorschriften	323
V. Geschichte		
<i>Peter Erler</i>	„Moskau-Kader“ der KPD. Bestandsaufnahme zu einem Forschungsthema	333
<i>Michael Kubina</i>	Der Aufbau des zentralen Parteiapparates von KPD/SED in den ersten Nachkriegs- jahren unter besonderer Berücksichtigung des parteieigenen Abwehrapparates	359
<i>Gerhard Keiderling</i>	Von der „Gruppe Ulbricht“ zur „Staatspartei“. Der Landesverband Groß-Berlin der KPD/SED von 1945 bis 1948	389

<i>Harold Hurwitz</i>	
Die Stalinisierung der SED in den Jahren 1946 bis 1949. Eine Entwicklung in vier Phasen	409
<i>Andreas Malycha</i>	
Die Transformation der SED in eine „Partei neuen Typs“ 1946 bis 1952	433
<i>Katharina Lange</i>	
Konzeptionelle und praktische Vorleistungen für eine überparteiliche Einheitsjugend. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der FDJ in der SBZ	457
<i>Michael Herms</i>	
Die Westarbeit der FDJ - ein Überblick	477
<i>Tobias Wunschik</i>	
Das „Organ Strafvollzug“ im Ministerium des Inneren der DDR	489
<i>Annette Weinke</i>	
Die Instrumentalisierung von Staatssicherheit und Justiz für die Zwecke der innerparteilichen Säuberungen 1949-1954	507
<i>Werner Müller</i>	
Die zwei Gründungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1945 und 1990. Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit	523
 VI. Herrschaftssystem	
<i>Frank Petzold</i>	
Aspekte der Auswahl und Kontrolle von Grenzsoldaten durch das Ministerium für Staatssicherheit	543
<i>Gerd-Rüdiger Stephan</i>	
SED-interne Auseinandersetzungen und Disziplinierung in der Ära Honecker. Überlegungen zum Verhältnis zwischen totalitär verfaßter Herrschaft und den Spielräumen innerparteilicher Diskussionen um das SED-Gesellschaftskonzept	557
<i>Friederike Sattler</i>	
Das entstehende Parteiensystem der SBZ als Problem des zentralen Parteapparates der KPD 1945/46	581
<i>Thomas Klein</i>	
Poststalinistische Praxis der innerparteilichen Repression und Disziplinierung unter Ulbricht	599
<i>Inge Bennewitz</i>	
Zwangsumsiedlungen in der SBZ/DDR	617

<i>Beatrix Bouvier</i>	
Widerstand und Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ und frühen DDR	629
<i>Piotr Zariczny</i>	
Die Erhebung vom 17. Juni 1953 in Preszezeugnissen dieser Tage	647
<i>Beate Ihme-Tuchel</i>	
„Sozialistische Völkerfreundschaft“ in der Praxis. Konflikte und Gemeinsamkeiten in den Beziehungen der DDR zu Polen und der CSSR von 1949 bis 1963	679
<i>Karl Christian Lammers</i>	
Die Beziehungen der skandinavischen Staaten zur DDR bis zur Normalisierung in den siebziger Jahren	703
<i>Gerhard Besier</i>	
Internationale Religionspolitik als sozialistische Außenpolitik. Das Beispiel der DDR-Außenpolitik im südlichen Afrika (1970-1990)	719
<i>Lothar Mertens</i>	
Die Instrumentalisierung kleiner Religionsgemeinschaften für die SED-Außen- politik. Das Beispiel der Jüdischen Gemeinden und der Mormonen in der DDR	757
 VII. Gesellschaft, Bildung, Kultur	
<i>Kerstin Thöns</i>	
SED-Kirchenpolitik, FDJ und protestantische Jugend 1957-1961	779
<i>Dagmar Unverhau und Sabine Gries</i>	
Kindesmißhandlungen und Kindestötungen in der DDR. Eine Auseinandersetzung mit DDR-Quellen	805
<i>Robert Grünbaum</i>	
Die Schriftsteller im Spannungsfeld von Literatur und Politik. Die Rolle der DDR-Literaten in der Revolution von 1989	839
<i>Paul Cooke</i>	
Aufarbeitung oder Ästhetisierung? Die Stasi-Vergangenheit in der Literatur: Wolfgang Hilbigs »Ich«	859
 VIII. Aufgaben zeitgeschichtlicher DDR- und Deutschlandforschung	
<i>Christoph Kleßmann</i>	
Aufgaben zeitgeschichtlicher DDR- und Deutschlandforschung	875

Manfred Wilke

Aufgaben zeitgeschichtlicher DDR- und Deutschlandforschung 879

Hermann Weber

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und die Wissenschaft 887

Autorenverzeichnis

. 893

I. Einleitung

Entstehung und politisches System im Überblick

Von Heiner Timmermann

I. Entstehung

Auf deutschem Boden befanden sich für 40 Jahre in diesem Jahrhundert nicht nur die Nahtstelle zwischen Ost und West, sondern auch ein Spielfeld in Gestalt von zwei Staaten, auf dem zwei deutsche Mannschaften - die westliche Demokratie und die sozialistische Diktatur des Proletariats - mehr gegeneinander als miteinander standen.

Die Ausgangslage war denkbar kompliziert, die Entwicklungen, die zu zwei deutschen Staaten führten, nicht weniger.

Die Siegermächte hatten auf Konferenzen und in Gesprächen über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege beraten: Im Dezember 1941 Eden, Stalin und Molotow in Moskau; im Januar 1943 Churchill und Roosevelt in Casablanca; im August und September 1943 Churchill und Roosevelt in Quebec; im Oktober/November 1943 die Außenminister Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion in Moskau; im November/Dezember 1943 Churchill, Roosevelt und Stalin in Teheran; im Oktober 1944 Churchill, Harriman und Stalin in Moskau; im Februar 1945 Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta.

Eine von den Außenministern im November 1943 eingesetzte „Europäische Beratende Kommission“ tagte ab Anfang 1944 in London und war das einzige und entscheidende Instrument zur Vorbereitung und Festlegung der alliierten Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland. Bis zur Konferenz von Jalta hatte diese im wesentlichen die ihr zugewiesenen Aufgaben erfüllt: Ein Entwurf zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands vom 25. Juli 1944, ein Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlins vom 12. September 1944 - ergänzt durch das 1. Zusatzabkommen vom 14. November 1944 und die Erklärung der britischen Militärkommission in Washington vom 20. Januar 1945 über die Bremer Enklave -, das Abkommen über die Kontrollgewalt in Deutschland vom 14. November 1944.

Die Deutsche Wehrmacht kapitulierte am 7. und 8. Mai 1945 bedingungslos. Die Geschäftsführende Reichsregierung wurde am 23. Mai 1945 verhaftet. Die Alliierten standen bald vor der Aufgabe, Deutschland zu verwalten. Hierbei stützten sie sich auf die Beschlüsse der Jalta-Konferenz, auf die „Erklärung“ und drei „Feststellungen“ vom 5. Juni 1945, auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli - 2. August 1945 und auf die Proklamation der Alliierten Oberbefehlshaber vom 30. August 1945.

Mit der „Erklärung“ vom 5. Juni 1945 übernahmen die Siegermächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, die Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen und Behörden der Länder, Kreise, Städte und Gemeinden für das Gebiet der Besatzungszonen.

Die erste „Feststellung“ regelte das Kontrollverfahren in Deutschland. Die vier Oberbefehlshaber wurden als oberste Regierungsgewalt eingesetzt, die ihr Amt auf Anweisung ihrer Regierungen ausüben sollten, jeder in seiner Zone und gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten. Zusammen bildeten sie den Alliierten Kontrollrat, dessen Beschlüsse im Falle der gemeinsamen Verbindlichkeit einstimmig gefaßt werden mußten. Unter dem Kontrollrat gab es einen Koordinierungsausschuß der vier Stellvertreter der Militärgouverneure und einen Kontrollstab mit 13, Ministerien vergleichbaren Abteilungen. An der Spitze jeder Abteilung standen vier von den vier Mächten ernannte Leiter.

Die Verwaltung Groß-Berlins wurde von der Interalliierten Behörde geleitet, die unter Aufsicht des Kontrollrats arbeitete und sich aus den vier Kommandanten zusammensetzte, die abwechselnd als Hauptkommandanten fungierten.

Da die geplanten Grenzen der Zonen nicht mit dem Verlauf der Fronten am Ende des Krieges übereinstimmten, trat der Kontrollrat erst nach Abschluß aller Umgruppierungen am 30. Juli 1945 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Damit war eine Übergangsphase abgeschlossen, die mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht begonnen hatte.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden bereits im Juni/Juli 1945 politische Parteien zugelassen (KPD, SPD, CDU, LDP), die unter dem Druck der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) eine „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ vereinbarten. Dieser Block bedeutete etwas anderes als eine Koalition. Es ging darum, daß die Arbeiterschaft - im Sprachgebrauch war damit die KPD gemeint - die führende Rolle in der politischen Entwicklung übernahm. In der SBZ reorganisierte die Besatzungsmacht

die Verwaltung von der kommunalen bis zur Besatzungsebene. Bürgermeister und Landräte wurden eingesetzt, und Anfang Juli ernannte die SMAD Landes- bzw. Provinzialregierungen in Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Durch die Errichtung von 11 deutschen Zentralverwaltungen erhielt die gesamte SBZ einen starken zentralistischen Grundzug.

Die KPD hatte bei der SMAD den entscheidenden Rückhalt, um ihre mit der Besatzungsmacht abgestimmte Politik durchzusetzen. Die Sowjets besaßen damit ein Instrumentarium, dessen sie in den Auseinandersetzungen mit den anderen deutschen Parteien und den Westalliierten sicher sein konnte.

Angesichts der Wahlergebnisse in Österreich und Ungarn, die für die Kommunisten ungünstig ausfielen, erschien den Sowjets die Verschmelzung von KPD und SPD als das einzige Mittel, um die Führungsrolle der KPD abzusichern, wobei allerdings nicht zu verschweigen ist, daß es starke Kräfte in der SPD der SBZ gab, die schon früh für eine Vereinigung mit der KPD eintraten. Der Zusammenschluß beider Parteien erfolgte schließlich im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Nur in Berlin kam es zu einer Abstimmung der SPD-Mitglieder, die sich mit großer Mehrheit gegen einen Zusammenschluß aussprachen. Für die bürgerlichen Parteien entfiel damit die Sozialdemokratie als möglicher Koalitionspartner.

Im Herbst 1946 fanden Gemeinde- und Landtagswahlen statt. Nur von der SMAD genehmigte Ortsverbände der Parteien waren berechtigt, an der Wahl durch Kandidaten teilzunehmen. Die SMAD lehnte in vielen Fällen die Registrierung von CDU und LDP ab. Bei der Zuteilung von Papierlieferungen durch die SMAD wurden die bürgerlichen Parteien gegenüber der SED sehr benachteiligt. Die SMAD übte auch starken Druck aus auf Redner von CDU und LDP und beschränkte undzensierte Plakate, Flugblätter und Zeitungen dieser Parteien.

Die Stadtratswahl in Groß-Berlin im Herbst 1946 war allerdings der eigentliche Gradmesser der politischen Meinung der Bevölkerung; denn in den vier Sektoren hatte sich die SED mit der dort weiterbestehenden SPD auseinanderzusetzen. Das Ergebnis bedeutete für die SED eine eindeutige Niederlage. Sie kam auf 19,8 %, die SPD auf 48,7 %, die CDU auf 22,2 % und die LDP auf 9,3 %.

Gemeinsam mit der SED zogen die Sowjets aus den Wahlergebnissen in Berlin und ihrer Zone die Konsequenzen: Die Wahlen bleiben die letzten in der Sowjetzone, bei denen der Wähler alternative Entscheidungen treffen konnte.